

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 174 (2008)

Heft: 03

Artikel: "Die schweizer Armee : ein Sonderfall?"

Autor: Thomann, Irène

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-71367>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Seminar für junge Offiziere

«Die Schweizer Armee – ein Sonderfall?»

Den Sonderfall analysieren, leben und lieben lernen, das haben jene 34 jungen Offiziere getan, die aus allen Landes- und Sprachgegenden am 9. und 10. November 2007 am Seminar zum Thema «Die Schweizer Armee – ein Sonderfall?» teilnahmen. Sie hörten aufschlussreiche, von persönlichen Reminiszenzen gespickte Impulsreferate, erarbeiteten in Gruppen bemerkenswerte Ergebnisse und sind im Bewusstsein nach Hause zurückgekehrt, einige Eigenheiten ihres Landes besser zu kennen und anerkennen zu können.

Irène Thomann*

Überraschungsgast

Höhepunkte markieren in der Regel den Schluss eines Anlasses, das Seminar für junge Offiziere begann mit einem solchen. Kein Geringerer als der Chef VBS, Bundesrat Samuel Schmid, nutzte überraschend seinen Aufenthalt im Armeeausbildungszentrum Luzern, um sich den spontanen Fragen der jungen Of zu stellen. Die kamen denn auch und betrafen den Erhalt der Miliz und ihrer Organisationen, die Auslandseinsätze und die Missstände um die Logistikbasis der Armee. Er werde alles daran setzen, die Miliz zu erhalten, nicht nur weil sie schweizerische Tradition bedeute, sondern weil sie schlicht das beste System zur Verteidigung von Freiheit und Unabhängigkeit sei. Er werde aber auch wo immer möglich die Milizorganisationen unterstützen, denn er kenne den Wert ihrer Arbeit. Dabei erwarte er von ihnen keine Hofpolitik, sondern eine sachliche Auseinandersetzung mit den anstehenden Problemen. Die Schweiz müsse sich im Ausland engagieren, diskutabel sei das Ausmass. Die Schweizer Armee müsse in einer Art Wettbewerb- oder Erfahrungssituation erleben, wie andere Armeen Aufgaben lösen. Schon General Dufour habe seine Offiziere ins Ausland geschickt, damit sie dort sähen, wie Krieg geführt werde. Wie ihm der letzte NCC der Swisscoy bestätigt habe, sei die wertvollste Erkenntnis,

die eigene Durchhaltefähigkeit über längere Zeit in unbekannter Umgebung zu testen. Der Spardruck wirkt sich auf die Logistik aus, und ist gleichbedeutend mit Personalabbau. Noch sind Berge von Material aus den Armeen 61 und 95 zu liquidieren. Die Probleme sind erkannt.

Die Wurzeln des Sonderfalles Schweiz

Wer den Sonderfall Schweizer Armee verstehen will, muss sich zunächst mit dem Sonderfall Schweiz befassen. Bernhard Altermatt, perfekt zweisprachiger Historiker aus Fribourg, blendete weit zurück in der Schweizer Geschichte und behandelte insbesondere den Föderalismus, die Sprachenvielfalt und die direkte Demokratie. Den Grundstein zu einem modernen, ausgeprägt zentralistischen Staat legte Napoleon 1803, die neuen Kantone Léman (VD) und Tessin verstärkten den Anteil der lateinischen Sprache. 1815 stiessen das Wallis, Genf, Neuenburg und der Jura (als Teil des Kantons Bern) dazu und verstärkten die sprachliche und kulturelle Vielfalt des Landes weiter. Der Wiener Kongress bestätigte die heutigen Grenzen der Eidgenossenschaft. Der dreisprachige Bundesstaat von 1848 teilte die Staatsgewalt horizontal und vertikal auf, die Struktur des Bundesrates folgte dem französischen Vorbild des Direktoriums.

Die Armee setzte sich aus kantonalen Kontingenten zusammen, die Kompetenzen des Bundes beschränkten sich aufs Überwachen und die Ausbildung der höheren Of und Spezialtruppen. Im deutsch-französischen Krieg 1870/71 trat die Schwäche des dezentralen Heerwesens krass zutage. Einen Hauptpunkt der Totalrevision der Bundesverfassung von 1874 bildete die vermehrte Zentralisation des Militärwesens, zwei Jahre zuvor

war die Verfassungsreform noch gescheitert. Dass die Deutschschweiz den preussischen Standard bewunderte, löste prompt Kritik aus der Westschweiz aus.

Bis 1999, d.h. bis zum Inkrafttreten der heutigen Bundesverfassung, sollte der Föderalismus bei Rekrutierung und Einteilung eine Rolle spielen. Der regionalen Verankerung wurde eine hohe Bedeutung beigegeben.

Die Landessprachen

1848 bestand die Schweiz aus 21 einsprachigen Kantonen, drei zweisprachigen und einem dreisprachigen Kanton. Es galt das sprachliche Territorialprinzip. Man bemühte sich um eine paritätische, proportionale Vertretung, gelegentlich auch Übervertretung der Minderheiten. Im 1. Weltkrieg geriet die Schweiz zwischen die Fronten, die Sprache als Faktor der Identifikation verstärkte sich (sprachlicher Nationalismus), es kam zu Sympathieumgebungen mit den gleichsprachigen Nachbarvölkern. Der Sprachengraben traf auch die von General Ulrich Wille geprägte «preussische» Armee, die Jura-Frage flackerte erstmals auf. Der Bundesrat rief auf zur Respektierung der integralen Neutralität und Stärkung der nationalen Identität. Im Vorfeld des 2. Weltkrieges vermehrte man diese Anstrengungen erneut. 1938 wurde Romanisch als 4. Landessprache anerkannt, mit der «Landi» beschwor man den helvetischen Geist auf. Nach den Weltkriegen verstärkte sich die kulturelle Vielfalt.

Die Armee geht eher pragmatisch um mit dem Sprachenproblem, es fehlen sowohl eine diesbezügliche Debatte wie eine Strategie. Es gibt keine Kurse für Anderssprachige, man baut völlig auf die Kompetenzen, die insbesondere die Offiziere aus dem Zivilen mitbringen. Während die Armee 61 weitgehend dem Territorialprinzip folgte und damit Gleichsprachige zusammen Dienst leisteten, führten die Reduktion der Grossen Verbände der Armee XXI und die neue Einsatzdoktrin, die vermehrte Mobilität und Flexibilität der Truppen fordert, zu einer Zunahme der sprachlichen und kulturellen Herausforderungen. Besonders die «kleinen» Sprachen wie Italienisch und Romanisch verlieren zunehmend an Achtung. Gefährlich wird es, wenn Anderssprachige keinen Zugang mehr zu gewissen Spezialtruppen erhalten, damit Kdt und Untergebene die gleiche Sprache sprechen können.



* Hptm Irène Thomann
Sekretariat SOG
8042 Zürich

Schliesslich fordern die Auslandsinstitute zunehmend Englischkenntnisse. Für die Berufsoffiziere zumindest bietet die Armee solche Kurse an.

Die Staatsform

Ein Staat, der aus verschiedenen Minderheiten zusammengesetzt ist, kann nur möglichst direktdemokratisch regiert werden. Die historischen Wurzeln finden sich in den Landsgemeinden, die demokratischen Bewegungen aus den Kantonen erweiterten die Volksrechte auch auf Bundesebene, mit dem 1919 eingeführten Proporzwahlrecht erhielten auch kleinere politische Parteien die Möglichkeit, Nationalräte zu stellen. Die Einführung des fakultativen Referendums 1949 baute die Rechte des Volkes weiter aus. In keinem andern Land hat das Volk zu Armeefragen so viel Einfluss wie in der Schweiz. Dass man sogar über die Abschaffung der Armee bzw. die Beschaffung von Kampfflotten abstimmt, ist weltweit einmalig. Aber auch die Kompetenzen der eidgenössischen Räte in Armeefragen gehen weiter als jene ihrer europäischen Kollegen.

Die erste Frage eines jungen Offiziers aus der Welschschweiz überraschte wenig, sie galt der Dialektwelle. Bernhard Altermatt bedauerte, dass die Schulen der Westschweiz keinen Unterricht in Dialekt anbieten. Das wäre besonders wichtig in der Armee, denn der Deutschschweizer spricht ungern Hochdeutsch. Insgesamt hat die Bevölkerung zu wenig Kontakt zu den andern Sprachgebieten. Die Minderheit muss immer einen grösseren Effort leisten, das zeigt sich deutlich in gemischtsprachlichen Brigadestäben.

500 Jahre Neutralität der Schweiz und kein Ende

Wer den Sonderfall Schweiz und deren Armee untersucht, muss sich auch mit der Neutralität befassen, sie ist ein nationales Identitätsmerkmal, oder wie Rechtsprofessor Alois Riklin ironisch meinte, die Schlaumeierei des Kleinen gegenüber den Grossmächten. Das Verhalten der Schweiz im 2. Weltkrieg sei keine Heldenstory, sie wand sich mit einer Mischung von Widerstand und Anpassung durch die schweren Zeiten und hatte sicher auch eine Portion Glück. Aber, mahnte Professor Riklin, schliesslich bestand «keine moralische Pflicht zum nationalen Selbstmord!».

Eigentlich lässt sich die Neutralität auf

eine kurze Formel bringen: Der Neutrale wird nie einen Krieg beginnen, sich an Kriegen anderer Staaten nicht beteiligen, ungeachtet ob diese gerecht sind oder nicht. Wird er angegriffen, verteidigt er sich und kann Bündnisse eingehen. Die Geschichte der Neutralität kennt fünf Perioden: Sie nahm vom 15. Jahrhundert bis 1798 Gestalt an, verfestigte sich zwischen 1815 und 1914 und bewährte sich mit Vorbehalten zwischen 1914 und 1945. Die aussenpolitische Zurückhaltung, die sich die Schweiz nach dem 2. Weltkrieg auferlegte, verurteilte Riklin. Der sofortige UNO-Beitritt 1946 und die Beteiligung am europäischen Friedensprojekt wären richtig gewesen. Es sei eine historische Sensation, was die europäischen Staaten seither als Konsequenz aus den Kriegen zustande gebracht hätten. Die europäische Gemeinschaft sei kein Imperium, freiwillig finden die Nationen zusammen. Die neue Generation innerhalb dieser Länder versteht das allerdings auch nicht. Die Phase der Übertreibung wurde in der Schweiz schliesslich 1989 abgelöst von der neutralitätspolitischen Verunsicherung. Vier Berichte hat der Bundesrat seither zur Neutralität verfassen lassen. Reduktion auf den völkerrechtlichen Kerngehalt lautet die Devise. Der letzte Bericht stammt aus dem 2007, er weicht allen Problemen aus, weil der uneinige Bundesrat zur keiner Unité de doctrine findet. Bezogen auf die schweizerische Vielfalt spielt die Integrationsfunktion der Neutralität sicher eine wichtige Rolle. Mit der Dienstleistungsfunktion kann der Neutrale trotz seines Abseitsstehens internationale Solidarität beweisen. Die Beteiligung an friedensfördernden Operationen von UNO und OSZE sind neutralitätsrechtlich unbedenklich. Für die meisten internationalen Probleme der Gegenwart ist die Neutralität weder ein Hindernis noch eine Orientierungshilfe. Das kann sich jedoch ändern, deshalb bleibt die Neutralität der Schweiz zumindest als Reserveposition relevant. Die Zustimmung der Bevölkerung dazu wächst.

Es überraschte nicht, dass Professor Riklin nach der Kompatibilität der schweizerischen Neutralität mit einer EU-Mitgliedschaft gefragt wurde. Neutralitätsrechtlich wäre ein Beitritt möglich, die EU ist kein militärisches Bündnis, Interventionen verlangen einstimmige Beschlüsse. Neutralitätspolitisch ist der Beitritt zumindest überlegenswert. Der Bilateralismus macht die Schweiz zur Nachvollzieherin. Die Unabhängigkeit wäre besser gesichert durch Mitbestimmen. Der Kleinstaat Luxemburg, von An-

fang an EU-Mitglied, hat mehr mitgestaltet als Grossbritannien. Schwerer als die Neutralität wiegen die Probleme um die direkte Demokratie. Auch ob die Schweiz fähig wäre, ihre Neutralität zu verteidigen, wollten die jungen Offiziere wissen. Oberst a D Riklin verwies auf die sicherheitspolitische Situation. Zwischenstaatliche Kriege in Europa seien unwahrscheinlich. Ausserhalb von Europa und in Bürgerkriegsspielen die Neutralität keine Rolle, Auswirkungen können sich aber z.B. durch Migrationsströme ergeben. Vor sicherheitspolitischen Grossrisiken wie Massenvernichtung, Naturkatastrophen, internationale Kriminalität schützt die Neutralität nicht. Es sei aber klug, nicht alles mitzumachen, was unter dem Titel Terrorabwehr läuft.

Panel

Die Sonderfall-Frage nahm auch das von Oberst David Beeler gekonnt geleitete Podium auf. Br Marcel Fantoni, der

Ergebnisse der Gruppenarbeiten

Die sehr stark besetzte Gruppe romand zog Vergleiche zwischen den Werten der Offiziere in der Miliz- bzw. der Berufsarmee. Die Schweizer Armee ist für sie eine staatliche Institution. Dabei stellten sie fest, dass die Identifikation mit der eigenen Einheit, wie sie etwa in den USA zu beobachten ist, schon fast sektiererisch werden kann. Der Milizoffizier, der sich vorwiegend in der zivilen Welt bewegt, ist dagegen eher gefeiert. Der Frage nach schweizerischen Besonderheiten ging die zweite Gruppe nach. Dazu gehören das Milizarmeemodell, seine Einbettung in Gesellschaft und Wirtschaft, die Militärkultur (z.B. Heimfassen der persönlichen Waffe), die Auftragstaktik. Im staatspolitischen Bereich ist der Konsens der Vielfalt mittels liberalen Konzepten zu finden. Eine stolze Liste an Werten stellte die Gruppe 3 zusammen. Man müsse sie täglich, auch in der Armee, vorleben, sodass die Unterstellten dies fühlten. Gleich farbig fielen die Bemerkungen zum Begriff Vaterland aus. Sein Verhältnis zur Heimat drückte wohl jener junge Tessiner Offizier am eindrücklichsten aus, der es mit «mettersi a disposizione» umschrieb. Eine Gesamtschau über die Schweiz in Europa präsentierte die Gruppe 4. Dabei lotete sie bei den verschiedenen Organisationen wie z.B. UNO, OSZE, NATO aus, mit welchem Grad an Mitarbeit die Schweiz sich am besten einbringen könne.

Die beiden Parlamentarier zeigten sich von Inhalt und Präsentation der Gruppenarbeiten sehr beeindruckt.



Zum Seminar gehört auch der ungezwungene Meinungs­austausch mit den Referenten ausserhalb des Programms. Br Fantoni im lebhaften Gespräch mit jungen Offizieren.

zuvor eine farbige Schilderung der Geschichte der Generalstabsschule gegeben hatte, muss bei seinen zahlreichen internationalen Besuchen immer zuerst die Schweiz, ihre Armee und das Milizsystem erklären. Er sei stolz auf den Sonderfall Schweiz. Wenn er gefragt werde, wie er seine Generalstabsoffiziere in kurzer Zeit auf den gleich hohen Stand bringe wie die Deutschen mit einer bedeutend längeren Ausbildung, zeigt er ihnen jeweils die Liste der Teilnehmer mit deren zivilen Kompetenzen. Bezüglich des Leistungsprofils der Armee seien diese mit den Sicherheitspolitischen Kommissionen abgesprochen. Der sozialdemokratische Luzerner Nationalrat Hans Widmer verhehlte nicht, dass seine Partei in Armee­fragen gelegentlich ideologisch fixiert sei und sich damit selber blockiere. Das zeige sich vor allem jetzt in der Debatte um die innere Sicherheit. Von der Institution her ist die Armee das Mittel des Machtmonopols des Bundes so wie die Polizei den gleichen Status auf Kantonsstufe innehat. Will man etwas daran ändern, muss eine staatsrechtliche Grundsatzdebatte geführt werden. Dieses staatsrechtliche Problem darf nicht tabuisiert werden. (M. Fantoni verwies auf die guten Ergebnisse der Plattform zwischen Bund und Kantonen.) Die SP bejahe die Armee, aber in einem Modell ihrer Vorstellung mit Profikern und starker Bestandsreduktion. Aber es gebe auch einen

starken Flügel, der pazifistisch eingestellt ist. Als Mitglied der SiK ist er immer in der Opposition, einerseits gegenüber dem parteieigenen Flügel und andererseits der Mehrheit der SiK. Die Bestandesdiskussion forderte Oberst i Gst Michele Moor heraus, den Präsidenten der SOG. Nicht Details seien zu diskutieren, es brauche jetzt eine mehrheitsfähige Strategie auf, sonst drohe die Armee zum Spielball der Pole zu werden. Die Schweiz besitze ideale Voraussetzungen mit ihrer kulturellen Vielfalt für die «Sicherheit durch Kooperation» mit den umliegenden Ländern. Die Schweiz habe die Tendenz, mit sich selber zu kritisch zu sein. Sie sollte an sich glauben, sich besser verkaufen. Dazu gehöre auch, die Sprachkenntnisse zu nutzen, denn Kommunikation sei sehr wichtig. Im Übrigen wäre es für die Armee einfacher, sie müsste sich nicht um die Innere Sicherheit kümmern, aber die aktuelle Bedrohung erfordere dies. B. Altermatt führte das mangelnde Selbstbewusstsein auf die Haltung der Schweiz im 2. Weltkrieg zurück. Er stellte eine mentale Blockade bezüglich internationalem – nicht aber nicht wirtschaftlichem – Engagement fest. Von Beeler etwas provoziert, bestritt Ständerätin Helen Leumann (FDP, Luzern), das sicherheitspolitische Denken der Bürgerlichen sei von einem überholten Verhalten in Traditionen geprägt. Sicher, sie seien stolz auf die Armee und deren

vielseitigen unterstützenden Leistungen, und deshalb würden sie auch dafür sorgen, dass die Armee genügend Geld erhalte. Ein junger welscher Offizier fragte Nationalrat Widmer ganz direkt, wie die SP es verantworten wolle, wenn man, angesichts innerer Unruhen, der Armee vorwerfen werde, warum sie nichts unternommen habe. Der Sozialdemokrat verharmloste das Defizit nicht, dass im Bereich der inneren Sicherheit herrsche, das Gewaltmonopol müsse garantiert sein, aber nicht über die Armee. Diese sei gegen einen äusseren Feind geschaffen. Hier wiederum hingte Ständerätin Leumann ein. Sie mahnte, den Terrorismus nicht zu vergessen. Eine strenge Trennung zwischen innerer und äusserer Sicherheit sei nicht mehr angebracht. Dabei plädierte sie für die Schaffung eines Sicherheitsdepartementes, wofür sie wieder Applaus von SOG-Präsident Moor einheimste. Ihr sozialdemokratischer Kollege pflichtete ihr rasch bei und prägte den markanten Satz: der Feind ist mitten unter uns. Wollte die Armee zur Terrorismusbekämpfung etwas beitragen, so müsse sie vor allem in neue Techniken investieren und weiter an der Raumsicherung arbeiten.

In der Schlussrunde gab sich Ständerätin Leumann zuversichtlich: Wenn man sich auf Kader verlassen könne, so wie es vor ihnen sitze, gehe sie mit guten Gefühlen in die Zukunft. Hans Widmer baut auf tragfähige Kompromisse, die aus massiven Auseinandersetzungen wachsen. Die Gesellschaft ist lernend und ihre Institutionen auch. Alles, was sich ändere, müsse gesetzlich abgesichert und vom Souverän legitimiert sein. Br Fantoni wies auf den Artikel 6 der Bundesverfassung hin, der den Bürger an seine (Selbst-)Verantwortung zur Bewältigung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft hinweise. Michele Moor mahnte die jungen Offiziere, sie seien auch Bürger und sollten als solche nicht nur die Entwicklung der Armee sondern die gesamte Sicherheitspolitik und alle Instrumente beobachten. Die Armee, kann nicht mehr alles allein, alle sicherheitspolitischen Instrumente seien gefordert.

Ja, die Schweiz ist ein Sonderfall mit allen Vor- und Nachteilen, zog SOG-Vizepräsident, Oberstlt i Gst Hans Schatzmann, Bilanz. Ein wesentlicher Pfeiler ist die Miliz. Sie kann nur weiterleben, wenn alle das Beste geben. Die jungen Offiziere haben mit ihrer Teilnahme am Seminar diesen Willen bekundet, dafür gebührt ihnen grosse Anerkennung. ■